

der BVBB-Ortsgruppe Blankenfelde - Mahlow - Diedersdorf

Die BVBB-Ortsgruppe berichtet regelmäßig über Pleiten, Pech, Ungereimtheiten und Fehlentscheidungen in der Gemeinde. Wir tun dies, damit Sie etwas erfahren, was die Zeitungen, der Bürgermeister und Parteivertreter in die Schweigespirale stecken, mit Hofberichterstattung vertuschen, nicht veröffentlichen oder einseitig berichten. Wir wollen, dass Sie die ganze Wahrheit kennen.

Dagmar Rebel-Cortes (Vors. der BVBB-Ortsgruppe)

Rathausneubau - eine Skandalgeschichte über Unfähigkeit und Dummheit - die Fortsetzung

In der Ausgabe INFO 51 durften wir berichten, dass der schöne Plan, durch die WOBAB ein neues Rathaus (Behördenpalast), für voraussichtlich 10 Mio. EUR. zu bauen, vor dem Scheitern steht. Nun ist es amtlich, der Plan ist gescheitert, alles fängt von vorne an. 5 Jahre wurde geplant, von SPD, CDU, LINKEN immer wieder abgesegnet und vom Bürgermeister immer als gute Lösung propagiert, Geld in die Planung gesteckt, alles ist dahin. Wie jetzt bekannt ist, hat der Geschäftsführer der WOBAB wegen Überforderung der Wohnungsbaugesellschaft schon im Januar das Handtuch geworfen. Bürgermeister Baier macht ihn zum Sündenbock, zweifelt seine fachliche Qualifikation an, will aber trotzdem mit ihm weiter zusammenarbeiten. Da stellt sich die Frage, wie ein Bürgermeister mit einem Geschäftsführer zukünftig vertrauensvoll zusammenarbeiten will, wenn das Tischtuch zwischen beiden eigentlich zerschnitten ist? Was soll ein Aufsichtsrat, den es nun für die WOBAB geben soll, mit einem Geschäftsführer anfangen, der nach Baier unqualifiziert ist? Die Wahrheit über das Scheitern ist aber ganz einfach. Baier und die Gemeindevertreter wollten Bachmann einen Vertrag zum Bau andrehen, den Bachmann nie unterschreiben durfte. Der Gesellschaftsvertrag zwischen der Gemeinde als Eigentümer und der WOBAB hätte es der WOBAB nicht gestattet, einen solchen Auftrag zu übernehmen. Diese rechtliche Hürde ist Baier und den Gemeindevertretern erst spät aufgefallen.

Jetzt muss eine neue Lösung her. Der Bürgermeister hat sich einen Berater von einem Verein zugelegt. Woher der Berater seine Qualifikation nimmt, welche Referenzen er hat und was das für ein Verein ist, wird der Öffentlichkeit vorenthalten. Das lässt Schlimmes ahnen. Da gibt es nämlich „Berater“, die konkurrenzlos zu Billigst Honoraren arbeiten, weil ihre Vereine zum Lobbysystem der Bauwirtschaft gehören. Also, Herr Baier muss hier aufklären. Selbst dem Schein von Verquickungen darf er sich nicht aussetzen. Wenn sich eine Behörde beraten lässt gilt als oberster Grundsatz: Die Beratung muss unabhängig von Bauwirtschafts-, Finanzierungs- und Architekteninteressen sein.

Aufgedeckt hat diesen Skandal die BVBB WG. Sie ist gegen den Standort, gegen einen Behördenpalast, stattdessen für eine Nutzung der ehemaligen Kasernengebäude (Jühnsdorfer Weg) als kostengünstigere und einfach umzusetzende Lösung.

Wer einmal lügt.....

In der INFO 51 hatten wir noch in Frage gestellt, ob die Vorsitzende des Finanzausschusses der Gemeindevertretung, Frau Bomke (CDU), und die Kämmerin der Gemeinde, Frau Sachtleben, die Öffentlichkeit bewusst getäuscht haben, als sie sich zu Kostenfragen des Rathausneubaus - in Alternative zur Rathausnutzung der Kaserne am Jühnsdorfer Weg - in der MAZ vom 04.12.08 per Unterschrift festlegten.

Was war passiert? In der MAZ hatten die Damen behauptet, dass eine Renovierung der ehemaligen Kasernengebäude und die Bewirtschaftung der Räume als neues Rathaus nach einem Prüfergebnis der Verwaltung teurer werden als der geplante Neubau des Rathauses. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 18.12.08 forderte die BVBB WG Beweise für die Behauptungen durch Vorlage dieser Prüfergebnisse, auf die sich Bomke und Sachtleben bezogen hatten. Bis heute konnten die Damen solche Beweise nicht vorlegen. Es gibt sie auch nicht, zumindest nicht in den Akten „Rathausneubau“ der Verwaltung.

Mit unerträglichen Tricks versuchte Bürgermeister Baier, eine Akteneinsicht durch die BVBB WG in diese Akten zu verhindern. Dank klarer Rechtslage ist er gescheitert. Die Akteneinsicht wurde erzwungen. Für die Behauptungen der Damen gab es keinen Beweis, kein Prüfergebnis. Bürger der Gemeinde, Bürgermeister und Gemeindevertretung stehen nun vor dem Problem der Zuverlässigkeit der Kämmerin und der Vorsitzenden des Finanzausschusses. Diese müssen sich nun gegen den Vorwurf wehren, öffentlich bewusst die Unwahrheit gesagt, gelogen zu haben.

Glasowbach - Herr Baier - da kommt noch was

Am 14.01.09 hat der BVBB Bürgermeister Baier darüber informiert, dass Mitglieder des Arbeitskreises Umweltschutz des BVBB festgestellt hatten, dass durch den verlandeten Blankenfelder See (FFH-Gebiet) ein 1,9 km langer und wenigstens 5 m breiter neuer Bachlauf gebaggert sei. Der BVBB hatte Baier aufgefordert, gegen diesen

**SO MIT UNS
NICHT**

Naturfrevel sofort ein Beweissicherungsverfahren einzuleiten, Fragen des BVBB zu beantworten und Anzeige beim Landeskriminalamt (LKA) zu erstatten. Dreist teilte Baier dem BVBB mit, er solle sich an die Untere Naturschutzbehörde wenden. Mit dieser Antwort wollte Baier wohl den Eindruck vermitteln, er habe mit den Baggerarbeiten nichts zu tun. Den BVBB hielt er für so dumm, dass er sich mit dieser Antwort abspeisen lasse und er nicht aufdecken müsse, wie tief er in den Naturfrevel verwickelt ist. Nun steht aber fürs Erste fest, dass Baier vor Ausführung dieser Arbeiten informiert war, und dass es für die Baggerarbeiten keine Rechtsgrundlage gab. Nun will er seine Mitverantwortung vertuschen. Er und die Untere Wasserbehörde verschanzen sich nun hinter der Behauptung, diese Baggerarbeiten seien Notwehr gewesen, weil nach zusätzlicher Wassereinleitung vom BBI einige Grundstücke überschwemmt gewesen seien. Dem BBI erst einmal zu untersagen, weiterhin Wasser einzuleiten, um Überschwemmungen zu verhindern, darauf ist Baier nicht gekommen. Vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Mitteln auch bei Gefahrenabwehr hat er nichts gehört. Schließlich haben BBI-Interessen Vorrang vor Naturschutz und Naturrecht - so wohl seine Motive.

In der nächsten Ausgabe der INFO kommt noch was!

Seltsame Arbeitsauffassung der Gemeindevertreter

Die Gemeindevertreter von SPD, CDU und Linke zeigen ihre politische Einstellung zum Bau des BBI und seine Folgen für die Bürger durch einen durchsichtigen Schlingerkurs zum Vorteil der Interessen des BBI. Geschlossen fehlten die Mitglieder und die Stellvertreter von SPD, CDU, Linke mit Ausnahme der BVBB WG für die Sitzung des Flughafenausschusses am 11.02.09. Angeblich war für sie eine Veranstaltung, zu der Bürgermeister Baier am gleichen Abend eingeladen hatte, wichtiger als der Flughafenausschuss. Unabhängig davon, dass nur eine Minderheit der Ausschussmitglieder dort gesichtet wurde, waren die dort vorgetragenen Erkenntnisse zur Umgebungslärmrichtlinie und Lärmaktionsplanung für die Fluglärmbeeinträchtigung der Gemeinde uninteressant, denn Fluglärm spielt nach dem Willen der Landesregierung auch für Blankenfelde-Mahlow keine Rolle.

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 05.03.09 fehlte knapp die Hälfte der Mitglieder. Das reichte dann gerade für die Beschlussfähigkeit.

Flughafenausschuss tagte im Akustikkäfig

Um Fristen nicht zu versäumen; hatte der Vorsitzende des Ausschusses, Matthias Stefke (BVBB WG), zu einer Sondersitzung am 18.02.09 in den als Akustikkäfig schon probeweise hergerichteten Klassenraum in der Wilhelm-Busch-Grundschule geladen. Sicher nicht nur zur Freude, für viele anwesende Bürger zum Entsetzen, konnten dann alle Teilnehmer eine künstliche Belüftung erleben, die eine Durchzugsveranstaltung war. An der Decke tanzten die luftbewegten Mobiles, überall in der Klasse war der Luftzug der Ventilatorbelüftung zu spüren. Wortreich versuchte die Vertreterin der Verwaltung aufzuklären, dass alles ein noch nicht akzeptierter Probelauf sei. Obwohl angefordert und zugesagt, habe die FBS noch immer keine Messergebnisse vorgelegt. Die Flughafengesellschaft sperre sich auch, die folgenden Unterhaltungskosten für ein System zu übernehmen, das in seiner Kombination von Lärmschutz, Messungen des CO²-Gehaltes und Sicherstellung der Raumtemperatur anfällig und reparaturintensiv sein könne. Offensichtlich sind notwendige Feinstaubmessungen erst gar nicht vorgesehen. Mit der Verabschiedung der FBS von Folgekosten der zwangsbelüfteten Akustikkäfige könne die Gemeinde nicht einverstanden sein. Gleichzeitig verlangte die Verwaltung vor ungeklärtem Sachstand vom Flughafenausschuss die Zustimmung zu einer Erklärung für die FBS, nach der diese weitere Klassen in anderen Schulen und Räumen von KITAS mit dem System „beglücken“ wolle. Denn, verständlich für Ausschussmehrheit und Verwaltung, könne man von der FBS nicht verlangen, dass sie diese Investitionen vornehme, wenn es vielleicht doch zur Schließung und Umsiedlung von Schulen und KITAS käme. Diesen Verzicht müsse die Gemeinde rechtsverbindlich erklären.

Wer von den Anwesenden geglaubt hat, dass der - vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen in der Musterschallschutzklasse - vom Ausschuss-Vorsitzenden Matthias Stefke (BVBB WG) gestellte Antrag auf Aussetzung des von der Verwaltung geforderten Beschlusses eine Mehrheit finden würde, erlebte ein Schauspiel nach dem Motto: Wir sind dagegen, weil wir dafür sind. Wortreich schlossen sich CDU, SPD und LINKE dem Ansinnen der Verwaltung an und stimmten für die Erklärung, damit die FBS beruhigt die weitere Einrichtung von untauglichen Akustikkäfigen fortsetzen kann.

Wieder einmal hat diese Entscheidung gezeigt, dass die Mehrheit der Gemeindevertretung und der Bürgermeister alle Wege ebnen, um eine Umsiedlung von Schulen und KITAS in nicht lärmbeeinträchtigte Regionen zu verhindern. Der BVBB fordert, dies im Interesse der Gesundheit und Lernfähigkeit der Kinder. Bürgermeister und Gemeindevertreter können doch nicht ernsthaft Glauben machen, dass sie noch umsiedeln lassen, wenn Hunderttausende EUR in Akustikkäfige investiert wurden. Da ist es ehrlicher, endlich zu erklären, dass Kinder, Eltern und Bürger daran gewöhnt werden sollen, dass die Zukunft unsere Kinder in Akustikkäfigen stattfindet, wie Platzeck und die Parteiführungen im Lande es wollen.

Wir fragen uns auch, weshalb Bürgermeister Baier an die Bundeskanzlerin und Platzeck Briefe geschrieben hat, in denen er finanzielle Mittel für ein neues KITA- und Schulzentrum im Norden der Gemeinde forderte. Ohne die Antwort des Ministerpräsidenten abzuwarten, wurde der Beschluss, die sensiblen Einrichtungen an Ort und Stelle zu belassen, mehrheitlich durchgezogen.

Immer wieder Baier

Immer wenn es brenzlich wird, steht die MAZ Zossen dem Bürgermeister mit feinsten Hofberichterstattung oder vielen Zeilen für sichtbar bestellte Interviews zur Verfügung.

Jüngstes Beispiel ist wie aus heiterem Himmel ein Interview mit dem Bürgermeister vom 16.03.09. Er lässt sich beflissentlich fragen, welche Forderungen er hat. Dann kommt's: Die gebetsmühlenhafte Selbstverständlichkeit eines Nachtflugverbots zwischen 22 und 6 Uhr. Natürlich auch besonderer Schallschutz für 13 KITAS in der Gemeinde. Aus seiner Sicht ist aber eine spätere Umsiedlung der KITAS nicht ausgeschlossen. Es fehlt auch nicht die Forderung nach angemessenem Wertausgleich für Grundstücke „im verlärmten Bereich“.

Wie sieht die Praxis des Bürgermeisters vor dem Hintergrund dieser Forderungen aus? Es ist seine Partei, seine Landesregierung, denen er, wissend dass er kein Gehör findet, diese Forderungen stellt.

Folgsam lässt er sich auf eine Salamtaktik ein, mit der seine Forderungen zu heißer Luft gemacht werden. Gleichzeitig kündigt er in andern MAZ-Berichten an, zu den Landtagswahlen mit einer freien Wählerliste antreten zu wollen um Kandidaten gegen SPD-Kandidaten in Stellung zu bringen. Den BVBB, der unbeirrt für den Schutz der Kinder, Entschädigungen für Entwertung von Immobilien und Mitsprache der Bürger zu Konzepten der Folgenminderung aus dem erwarteten Fluglärmterror eintritt, bekämpft der Bürgermeister. Bei seinen unbegreifbaren Einlassungen müsste er doch eigentlich glücklich sein, dass er in seiner Gemeindevertretung mit der BVBB WG eine freie Wählergruppe hat, die sich von den Parteien kein X für ein U vormachen lässt. Herr Baier muss sich bei diesen Widersprüchen fragen lassen, ob er richtig sortiert oder nur Nebel verbreitet, hinter dem wahre Absichten versteckt werden.

Ein Planungsatlas als Informationspapier?

In wenigstens 14 Sitzungen und unter kostenträchtiger Beteiligung eines Planungsbüros haben die Bürgermeister, die FBS und die „Gemeinsame Landesplanung Berlin Brandenburg“ im Herbst 2008 ein „Gemeinsames Strukturkonzept mit einem Leitbild für die Flughafenregion“ beschlossen (der Planungsatlas). Auf Grundlage dieses Konzeptes sollen zukünftige „Handlungserfordernisse abgeleitet werden“. Auch Bürgermeister Baier feierte dieses Leitbild im Grußwort als Erfolg.

Auf die Frage der MAZ am 16.03.09, was denn für Blankenfelde Mahlow in diesem Planungsatlas stehe, war seine Antwort: „Wir stellen darin den B-Plan für das Zentrum Blankenfelde mit Parkhaus, Bahnuntertunnelung und neuem Verwaltungsgebäude vor“. Das ist der Beitrag der Gemeinde aus 14 Sitzungen, auf 124 Seiten großformatigem Papier, in Farbdruck und mit vielen Graphiken. Eine tolle Leistung! Dies - so Baier - für ein „Leitbild ohne Gesetzeskraft, nur zur Information“. Da fragt man sich, warum Herr Baier ein „Leitbild“ ohne jede Bindung unterschrieben haben will. Wir kennen solche Leitbilder. Schließlich war auch der „Konsensbeschluss“ der Landesregierungen von Berlin und Brandenburg, zur Festlegung des Standortes „Schönefeld“ zum BBI auch nur ein „Leitbild“ ohne Gesetzeskraft, gewissermaßen zur Information der Bürger über den politischen Willen von SPD und CDU. Was daraus geworden ist, aus einem zunächst auch als bedeutungsloses Papier dargestellten „Leitbild“ wissen wir. Der Planungsatlas hat die gleiche Bedeutung. Zug um Zug werden die politischen Entscheidungsträger in Gemeinden und Parlamenten dieses Leitbild zur Freude der BBI-Protagonisten umsetzen. Das ist die Wahrheit, die Baier herunterspielen will. Zu dieser Wahrheit gehört dann auch, dass an keiner Stelle des „Leitbildes“ die Interessen der Betroffenen berücksichtigt wurden. Sie werden auf die Zukunft vertröstet, auf Ergebnisse von Dialogen, an denen sie nicht beteiligt sind.

Wahlkämpfer Schulze

Sicher war das Interview mit Ch. Schulze MdL in der MAZ Zossen (06.03.09) wieder bestellt.

Schulze behauptet: 770 Beschwerden auf seinen Formblättern hätten nun den Fluglärmbeauftragten seiner Landesregierung aus dem Tiefschlaf geweckt. Für einen Landtagsabgeordneten, der auch noch Geschäftsführer seiner SPD-Landtagsfraktion ist, ist diese Behauptung eine Bankrotterklärung. 770 Formblattbeschwerden sollen nun geschafft haben, was ihm in zig Jahren nicht gelungen ist. Traurig, dass Schulze Bürger finden muss, die gegen seinen eigenen Regierungsapparat kämpfen.

Schulze behauptet: Noch „fehlen die Genehmigungen für den Luftverkehr“.

Was er damit meint, erschließt sich dem Leser nicht. Dafür aber sei „noch“ ne Menge drin, um das es sich zu streiten lohne“. Da stehe drin, was er von Flughafenvertretern und Bürgerinitiativen u. a. in Frankfurt/Main, Köln und München alles erfahren und besprochen hat. Um sich sachkundig zu machen, musste Schulze auf Kosten des Steuerzahlers durch die Republik reisen. Vorher hat er nicht gelesen, was der BVBB schon im Februar 2007 ihm, der Landesregierung und Gemeindevertretern in einem „12-Punkte-Plan“ serviert hat, von dem er zum Teil abgekupfert haben muss. Alles in diesen Forderungen (12-Punkte-Plan) ist auf anderen Flughäfen schon realisiert oder in Realisierungsphase. Übrigens, kein Mitautor dieser Forderungen ist auf Kosten von Mitgliederbeiträgen in der Weltgeschichte herumgereist. Was an anderen Flughäfen gemacht wurde und wird, kann man alles im Internet nachlesen.

Schulze berichtet von seiner Reise weiter: „Die Idee mit nachtsichttauglichen Videokameras zur Überwachung der Flugrouten“ stammt aus Köln. An anderen Flughäfen werden Landeverfahren geprobt, um den Einflug durch Segeln sicherzustellen. Alles ist nur möglich durch politischen Druck, so führt er aus. Die Wahrheit: Seine Landesregierung ist uneinsichtig und nicht bereit, Maßnahmen für Vorsorge und Schutz der Bevölkerung zu treffen. Sein eigener politischer Druck reichte nicht aus, um seinen Ministerpräsidenten Platzeck und seine Landtagsfraktion von der Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen gegen Fluglärm zu überzeugen.

Schulze berichtet dann von seinem Kampf in der SPD Kreistagsfraktion.

Als Vorsitzender der Kreistags-Fraktion und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks muss er seine Parteifreunde davon überzeugen, „dass der Norden des Kreises nicht alleine dafür blechen darf“. Gemeint sind die Folgen der SPD-BBI-Entscheidung und deren Kosten. Wieder eine politische Bankrotterklärung. In 10 Jahren hat es Schulze mit seinen Multifunktionen nicht geschafft, im engsten Verantwortungskreis Mehrheiten zu finden, die zu Entscheidungen für wirkungsvolle Maßnahmen im Interesse der Betroffenen führen.

Schulze macht dann Propaganda für seine „Sprechstunden“, die unterschiedlich, mal von 2 oder auch schon von 10 Bürgern besucht werden, so behauptet er. Er lässt sich dann, so die MAZ nach seinem „gemeinnützigen Verein Bürgerhilfe“ fragen. Nun, bisher hat er noch keinen Beweis für die Gemeinnützigkeit, eine ordnungsgemäße Eintragung in das Vereinsregister vorgelegt und eine ordentliche Wahl seines Vereinsvorstandes belegt. Da stellen wir eine ganz einfache Frage: Ist der Verein so gemeinnützig, dass er auch Spendenquittungen für des Finanzamt ausstellen darf?

**SO MIT UNS
NICHT**

Schulze berät in rechtlichen Fragen "in Bezug auf den BBI", weil der die Leute nicht zum Anwalt schicken will. Wichtig ist, dass sie nicht zum Katasteramt laufen müssen, um zu erfahren, ob sie auf ihrem Grundstück Anspruch auf Lärmschutzfenster haben. Gleichzeitig gibt er zu, dass man nichts Genaues sagen kann, weil „das Oberverwaltungsgericht noch nicht zum Lärm und zu Entschädigungen entschieden hat“. Was das Oberverwaltungsgericht in dieser Frage soll, beruht auf einer irrigen Rechtsauffassung von Schulze oder auf mangelnder Information des Sachstandes. Über tatsächliche Betroffenheiten und Ansprüche kann er, wie er zu gibt, eine rechtlich haltbare Auskunft nicht geben.

Da fehlt eben noch ein noch ein ergänzender, rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss zur Nachtflugregelung. Schulzes Aktivismus ist darum viel Lärm um nichts! Nichts Genaues weiß er nicht, aber beraten will er. Wissen darf er aber, dass bei den Rechtsanwälten des BVBB (Grawert & Schöning, Berlin) schon über 1000 Anträge vorliegen. Es wird jetzt Zeit, dass Schulze auch erklärt, wie viele Besucher, beraten von welchem Anwalt, seinen „Ratschlägen“ schon gefolgt sind und was er ihnen über die Kosten erzählt. (BVBB Mitglieder zahlen 170 EUR).

Schulze und der BVBB. Schulze behauptet, er habe schon gegen den BBI gekämpft, als es den BVBB noch gar nicht gab. Wieder eine politische Bankrotterklärung. In seinem Kampf hat ihm seine Partei, die SPD, etwas gepfiffen. Sie hat rücksichtslos den Hals von Sperenberg nach Schönefeld gedreht. Nun kommen als neue Kampfmittel der Dialog und die Pendeldiplomatie mit der Flughafengesellschaft als Erfolgskonzept. Das soll wirken, weil, so seine dreiste Behauptung, der BVBB sich in beleidigter Eitelkeit als Gesprächspartner verweigert und sich in Hasstiraden flüchtet. Die Wahrheit: Schulze weiß genau, dass der BVBB immer gesprächsbereit war und ist. Er weiß genau, wie oft wir auf Gespräche und Dialog auch ihn gedrängt haben. Er weiß genau, dass sein Platzek, seine Landtagsfraktion in Wahrheit keine Bereitschaft zeigen, mit dem BVBB über die vorliegenden konkreten Forderungen zur Milderung der BBI-Folgen zu sprechen. Er hat doch versucht, den BVBB in Entscheidungs- und Dialogprozesse einbinden zu lassen. Weil er gescheitert ist, war der BVBB nicht mehr bereit, sich hinhalten zu lassen. Jetzt, nachdem der BVBB auch hierüber die Wahrheit verbreitet, er aber nicht in der Lage ist, die Fakten, die Grundlage der Position des BVBB sind zu widerlegen, unterstellt er die Nennung von Wahrheiten, klaren Positionsbestimmungen als Hasstiraden. Billiger geht es nicht mehr, wenn die Argumente ausgehen, wenn man eigene Absichten vertuschen will. Wieder die Wahrheit: Schulze tut, was er tut, weil der BVBB nicht willfährig den Zielen seiner Partei folgt, weil er in Angst um seine Wiederwahl nun den Buhmann BVBB braucht. Wir freuen uns schon auf das nächste Interview, das ihm die MAZ gewährt. Es ist so schön, beweisen zu können, wie Schulze Ursachen und Wirkungen verwechselt und mit unsinnigem Aktionismus Wahrheiten vergessen machen will.

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.....

Zur sicher großen Freude der Betroffenen hat Bürgermeister Baier wieder einen Brief geschrieben. Diesmal an Ministerpräsident Platzek. Baier fordert auch für Blankenfelde-Mahlow, in Anlehnung an die Praxis in Frankfurt/Main, dass die Flughafengesellschaft alle Häuser aufkaufen soll, die unterhalb einer Flughöhe von 350 m stehen. Auch zur Freude des BVBB, der dies, wie er weiß, seit Jahren fordert, ist er aktiv geworden. Was aber verwundert, ist, dass der Bürgermeister diese Forderung „als Gemeinde“ an Platzek gestellt hat. Ein entsprechender Beschluss der Gemeindevertretung ist aber nicht bekannt.

Die Ortsgruppenvorsitzende des BVBB, Dagmar Rebel-Cortes, hat auf diesen begrüßenswerten Vorstoß in einem Brief an Baier sofort reagiert. Um dem Brief wirklich politisches Gewicht zu geben, hat sie Baier mitgeteilt, dass es nun darauf ankommt, die Gemeindevertretung und die Gemeindevertretungen der Schutzgemeinschaft durch Beschlüsse zu veranlassen, sich hinter die Forderung des BVBB und von Baier zu stellen. Sie appellierte an ein gemeinsames Vorgehen zur Durchsetzung auch dieser Forderung. Selbstverständlich ist der BVBB auch bereit zu gemeinsamen, abgesprochenen Aktionen. Es ist jetzt an der Zeit, nachdem der BBI auch bei den Gemeinden alles erreicht hat, was er wollte, dass nun die Betroffenen zu ihrem Recht kommen. Um diese Rechte durchzusetzen, geht es nicht mehr um Briefe und schöne Worte, sondern um Taten.

Parteien gegen Ombudsmann

Dem Flughafenausschuss lag für seine Sitzung am 18.02.09 ein Antrag des Vorsitzenden, Matthias Stefke BVBB WG, vor. Stefke wollte den Ausschuss dafür gewinnen, für die Betroffenen einen unabhängigen Ombudsmann als Anwalt ihrer Interessen, als feste Institution, einzurichten. Mit einem Ombudsmann, so begründete Stefke, gäbe es eine Institution, die unabhängig von Parteien und Behörden Anlaufstelle und Vertreter der Betroffenen wäre.

Die in der Sitzung anwesenden Bürger konnten dann ein Trauerspiel erleben. Die Parteivertreter drehten und wanden sich, sprachen zum Teil für den Antrag, um anschließend dagegen zu stimmen. Der Antrag von Stefke wurde dann von den Vertretern der SPD, CDU und LINKEN abgelehnt. Die Begründung: man brauche einen solchen Vertreter der Betroffenen nicht. Alle Anliegen der Betroffenen könnten in Dialogforen besprochen werden.

Diese Begründung ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Parteien nicht ernsthaft daran denken, eine auch nur annähernde „Waffengleichheit“ zwischen Parteiinteressen, Behördenwillen und FBS sicherzustellen. Die Betroffenen, die sich mit der Sache befassen, wissen um die und die tatsächliche Funktion von irgendwelchen Dialogforen. Sie haben nur ein Ziel: Nachweis von Aktionismus, Vertuschung von Fakten und Aufrechterhaltung der BBI-Ziele und des Alleinvertretungsanspruches der Parteien.

Gutachten und Konsequenzen

Neue Gutachten können nie schaden. Sie bekräftigen, was bereits durch vorliegende Gutachten ausreichend zum Gesundheits und Eigentumsschutz belegt wurde. Sie bieten wieder Handlungsanweisungen für Entscheidungen. Wenn BM Baier sich nun wieder damit brüstet, dass die Gemeinde neue Gutachten zur Schallschutzprüfung (für 2 Häuser) und zur Feststellung einer Gesundheitsgefährdung in Auftrag gegeben hat, dann muss er sich fragen lassen, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen gezogen werden? Bisher sehen wir nur, dass gegen alle vorhandenen Erkenntnisse die Kinder in Akustikkäfigen lernen und spielen sollen und Umsiedlungen nicht durchgesetzt werden. Dafür aber Baugenehmigungen für Seniorenwohnheim, unzählige Einfamilienhäuser in der Tag und Nachtschutzzone erteilt werden. Diese Praxis ist ein eklatanter Widerspruch zwischen Wissen und Taten, Herr Baier.

**SO MIT UNS
NICHT**